

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2024

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Aktualisierung des Strafrechts zum sexuellen Missbrauch von Kindern	1
EU-Kommission: Einladung zur Konsultation über Hilfe für die am stärksten benachteiligten Personen	1
EU-Kommission: Kommentar zum deutschen Aktionsplan zur Umsetzung der Garantie für Kinder	1
EU-Parlament: neue Transparenzregeln für politische Werbung	2
EU-Rat: Lieferkettengesetz gegen Kinderarbeit ohne Mehrheit	2
EU-Rat und EU-Parlament: Kompromiss zur Richtlinie zum Schutz von Frauen vor Gewalt	2
EU-Rat und EU-Parlament: EU Disability Card für bessere Zugänglichkeit in der gesamten EU	2
EU-Rat und EU-Parlament: Schärfere Grenzen für Luftqualität vereinbart	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Frankreich: Abtreibung wird in der Verfassung verankert	3
Griechenland: Parlament legalisiert gleichgeschlechtliche Ehen	3
Estland: Ehe für alle seit Januar 2024	3
Tschechische Republik: Abgeordnetenhaus lehnt Homo-Ehe ab und führt Partnerschaft ein	3
Österreich: homo- und heterosexuelle Ehen im Abstammungsrecht gleichgestellt	4
Litauen: Aktionsplan für schwangere Frauen, Gebärende und die ersten 1000 Tage der Mutterschaft	4
Bulgarien: Konsultationsprozess mit Kindern für zweite nationale Strategie für Kinder	4
Rumänien: Grundbedürfnisse ukrainischer Flüchtlingskinder nicht befriedigt	4
Spanien: Auswirkungen von Stadtplanung und öffentlichem Nahverkehr auf Kinderrechte	5
Schweiz: Familienzulagen im Umfang von 6,4 Milliarden Franken	5
Slowakei: keine Verkürzung der Verjährung von Vergewaltigungen	5
Weitere Nachrichten	5
Umfrage: Wie nutzen Kinder und Jugendliche das Internet, um dort sicher zu sein?	5
Safer Internet Day	5
Digital Services Act (DSA) nun EU-weit voll wirksam	6
44 Kinderschutz-, Hilfs- und UN-Organisationen fordern sofortigen Waffenstillstand in Gaza	6
Berichte und Studien	7
UNICEF: neuer Bericht zur Lage der Kinder in der EU – Kinderarmut nimmt wieder zu	7
UNICEF: Bestandsaufnahme der Situation von Kindern in alternativer Betreuung in Europa	7
EU-Parlament, EPRS: Die Situation pflegender Kinder und Jugendlicher in Europa	7
EPF: Neuer Atlas der Politik zur Empfängnisverhütung	7
European Policy Centre: Negativ-Wachstum für 13 % der EU-Bürger:innen – Regionalpolitik ineffektiv	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8



Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Aktualisierung des Strafrechts zum sexuellen Missbrauch von Kindern

Anfang Februar 2024 verabschiedete die Kommission einen Vorschlag zur Aktualisierung der strafrechtlichen Vorschriften zum sexuellen Missbrauch und zur sexuellen Ausbeutung von Kindern. Dies erfolgt vor dem Hintergrund, dass sexueller Missbrauch von Kindern in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Allein im Jahr 2022 gab es in der EU 1,5 Millionen Meldungen über sexuellen Kindesmissbrauch. Die überarbeiteten Regeln erweitern die Definitionen von Straftaten und führen höhere Strafen und spezifischere Anforderungen an die Prävention und Hilfe für Opfer ein. Zusätzlich zu der Aktualisierung dieser Richtlinie hat die Europäische Kommission 2022 einen Vorschlag für eine neue CSA-Regulierung vorgelegt, in dem die Verpflichtungen von Internetunternehmen zur Aufdeckung, Meldung und Entfernung von Darstellungen von sexuellem Kindesmissbrauch in ihren Diensten festgelegt werden sollen und der sich derzeit in der Diskussion befindet (s. [AGF-EuropaNews 12/23](#)).

- [Vorschlag der EU-Kommission zur Richtlinie](#) 


EU-Kommission: Einladung zur Konsultation über Hilfe für die am stärksten benachteiligten Personen

Die Kommission führt eine öffentliche Konsultation zur Hilfe für die am stärksten benachteiligten Personen durch (FEAD, Fund for European Aid to the Most Deprived). Das Ziel des Hilfsfonds ist es, die schlimmsten Formen der Armut zu lindern und die soziale Inklusion zu fördern. Im Rahmen der Ex-post-Evaluierung wird die Gesamtleistung des FEAD im Zeitraum 2014-2020 bewertet.

- [Konsultation zum FEAD 2014-2020](#)

EU-Kommission: Kommentar zum deutschen Aktionsplan zur Umsetzung der Garantie für Kinder

Die EU-Kommission gibt, wie vorgesehen, den Mitgliedstaaten ein Feedback zu ihren Nationalen Aktionsplänen (NAP, s. [AGF-EuropaNews 1/24](#)). Die Mitgliedstaaten können diese Empfehlungen in einer etwaigen Überarbeitung ihres Aktionsplans oder in ihrem Umsetzungsbericht berücksichtigen, der alle zwei Jahre zu erstellen ist. Zu diesem Zweck hat die Kommission auch die Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz, die für Deutschland benannte Koordinatorin zur Europäischen Garantie für Kinder, angeschrieben. Die Kritik an dem NAP ist durchwachsen. Zwar enthält das Schreiben einige positive Einschätzungen, aber bestätigt auch einige kritische Einschätzungen, die von nationalen NGOs geäußert worden waren. Das Schreiben enthält detaillierte Empfehlungen für Ergänzungen, um alle armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder zu erreichen. In einem Antwortschreiben an die Kommission wird darauf verwiesen, dass der NAP ein dynamisches Instrument sei und die Anmerkungen der Kommission eine gute Unterstützung für den weiteren Prozess darstellten. Der erste Fortschrittsbericht werde die Beobachtungen berücksichtigen und Ende 2024 eingereicht werden. Außerdem nehme Deutschland das Angebot der Kommission auf ein bilaterales Treffen gern an.

- [EU-Kommission: Europäische Garantie für Kinder](#) (mit Downloads für alle 27 nationalen Aktionspläne)
- [AGF-Überblick über ausgewählte Aspekte der bis Ende 2022 vorgelegten Nationalen Aktionspläne](#) 

EU-Parlament: neue Transparenzregeln für politische Werbung

Das EU-Parlament hat neue Regeln für die Transparenz und die Ausrichtung politischer Werbung angenommen, die Kampagnen für nationale Wahlen und für Referenden transparenter und widerstandsfähiger gegen Einmischung aus dem Ausland machen sollen. Die neuen Vorschriften regeln insbesondere die Online-Werbung. Sie bedürfen noch der Zustimmung des EU-Rates.

- [EU-Parlament: Vorschlag einer EU-Verordnung über Transparenz und Targeting politischer Werbung](#) 

EU-Rat: Lieferkettengesetz gegen Kinderarbeit ohne Mehrheit

Eine Einigung der EU-Staaten zum Vorschlag des Lieferkettengesetzes ist im Europäischen Rat zum zweiten Mal gescheitert. Nach dem Vorschlag wären Unternehmen verpflichtet, bestimmte Sorgfaltspflichten einzuhalten, um negative Auswirkungen auf Menschenrechte, zum Beispiel durch Kinderarbeit, zu identifizieren, zu vermeiden und mögliche negative Schäden auszugleichen. Im sogenannten Trilog-Verfahren hatten sich die Unterhändler:innen des EU-Parlaments und der EU-Staaten Mitte Dezember bereits auf einen Kompromiss zu dem Vorhaben geeinigt (s. [AGF-EuropaNews 12/23](#)). Dieser wurde jedoch nachträglich von einigen Staaten, unter anderem Deutschland, in Frage gestellt. Die belgische Ratspräsidentschaft hatte daher in den letzten Wochen versucht, eine Lösung zu finden.

- [EU-Rat: Vorschlag einer Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen für Nachhaltigkeit](#)  

EU-Rat und EU-Parlament: Kompromiss zur Richtlinie zum Schutz von Frauen vor Gewalt

Frauen sollen auf Grundlage neuer europäischer Vorschriften besser vor Gewalt geschützt werden. Die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament haben sich auf einen Kompromiss für die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt geeinigt. Das neue Gesetz legt gemeinsame Mindeststandards bei einer Reihe von Straftatbeständen fest. Zudem werden ergänzende Regeln für den Umgang mit Betroffenen sexueller oder häuslicher Gewalt etabliert. Aufgrund des fehlenden Konsenses im Rat ist jedoch eine gemeinsame europäische Definition von Vergewaltigung im ausgehandelten Text nicht enthalten. Das gleiche gilt für den Schutz für Frauen ohne Papiere, die eine Anzeige machen. Der vorläufige politische Kompromiss bedarf nun noch der formellen Bestätigung vom EU-Parlament und -Rat.

- [Weitere Informationen des EU-Rats](#) zum Thema und zur Richtlinie

EU-Rat und EU-Parlament: EU Disability Card für bessere Zugänglichkeit in der gesamten EU

Die EU-Institutionen haben sich auf einen EU-weiten Behindertenausweis und eine Parkkarte für Menschen mit Behinderungen geeinigt, die den Zugang zum Recht auf Freizügigkeit für Menschen mit Behinderungen erleichtern sollen (s. [AGF-EuropaNews 11/23](#)). In Europa leben rund 87 Millionen Menschen mit einer Form von Behinderung.

- [EU-Rat: weitere Informationen inkl. des endgültigen Texts](#)

EU-Rat und EU-Parlament: Schärfere Grenzen für Luftqualität vereinbart

Um Menschen besser vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch belastete Luft zu schützen, sollen in der EU von 2030 an deutlich strengere Richtwerte gelten. Darauf einigten sich Europäisches Parlament, Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten. Für Feinstaub soll die Obergrenze demnach ab 2030 bei zehn Mikrogramm

pro Kubikmeter liegen (bislang 25 Mikrogramm), für Stickstoffdioxid wird der Wert von bislang 40 Mikrogramm auf 20 Mikrogramm pro Kubikmeter halbiert. Die Standards sollen mindestens alle fünf Jahre neu geprüft werden. Nach Angaben der Europäischen Umweltagentur sterben in der EU jährlich etwa 300.000 Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung. Da sich Luftverschmutzung nur langsam auswirkt, sind vor allem Ältere betroffen. Zu den Todesfällen zählen jedoch auch mehr als 2000 Kinder unter 5 Jahren. Die Einigung bedarf noch der formellen Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Rats.

- [EU-Rat: Pressemitteilung und Verhandlungsmandat](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Frankreich: Abtreibung wird in der Verfassung verankert

Die französische Nationalversammlung und der Senat haben dafür gestimmt, die Freiheit zur Abtreibung in die Verfassung aufzunehmen. Es wird damit gerechnet, dass beide Kammern des Parlaments in der kommenden Woche im Kongress zusammentreten, um die Verfassung mit einer Mehrheit von drei Fünfteln entsprechend zu ändern. Der Vorschlag dazu stammt von Präsident Macron, der nach den Einschnitten in das Abtreibungsrecht in den USA eine ähnliche Entwicklung in Frankreich erschweren wollte. Einer Umfrage zufolge befürworten 86 % der Bürger:innen Frankreichs die Aufnahme in die Verfassung.

Griechenland: Parlament legalisiert gleichgeschlechtliche Ehen

Als erstes mehrheitlich christlich-orthodoxes Land hat Griechenland die Homo-Ehe legalisiert und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt. Im Parlament stimmten 176 der 300 Abgeordneten für einen entsprechenden Gesetzentwurf. Der Fraktionszwang war aufgehoben. Bei einer Adoption erhalten nun beide gleichgeschlechtliche Ehepartner:innen das Sorgerecht. Im Unterschied zu Heteropaaren in Griechenland bleiben ihnen jedoch ein Anspruch auf künstliche Befruchtung sowie die Leihmutterchaft verwehrt. Der Entscheidung ging eine intensive gesellschaftliche Debatte voraus, Kirchenvertreter hatten sich ablehnend geäußert. Griechenland folgt mit der Entscheidung einem entsprechenden Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Estland: Ehe für alle seit Januar 2024

Als erstes baltisches Land hat Estland die Ehe für alle eingeführt. Das entsprechende Gesetz war im Juni 2023 verabschiedet worden und ist am 1. Januar in Kraft getreten. Bereits vor zehn Jahren hatte Estland die eingetragene Partnerschaft eingeführt.

Tschechische Republik: Abgeordnetenhaus lehnt Homo-Ehe ab und führt Partnerschaft ein

Das tschechische Abgeordnetenhaus hat sich im Rahmen einer Gesetzesänderung nicht für die Ehe für alle entschieden, sondern für eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft. Nach der Gesetzesänderung können homosexuelle Paare eine zivile Partnerschaft eingehen, die die meisten Rechte einer Ehe hat – wie gemeinsames Eigentum, Witwen- und Witwerrenten usw. Ein Partner darf auch das Kind des anderen Partners, ob biologisch oder adoptiert, adoptieren. Ein gleichgeschlechtliches Paar kann jedoch ein Kind nicht direkt adoptieren, sondern

nur für jeden Partner einzeln, also in zwei Adoptionsverfahren nacheinander. Die Gesetzesänderung geht nun in den Senat, das Oberhaus des tschechischen Parlaments.

Österreich: homo- und heterosexuelle Ehen im Abstammungsrecht gleichgestellt

Der Nationalrat als österreichische Volksvertretung hat Änderungen im Abstammungsrecht beschlossen, mit denen Kinder von Frauen, die in gleichgeschlechtlicher Ehe oder in eingetragener Partnerschaft leben, künftig zwei Elternteile haben. Dies gilt auch dann, wenn sie ohne In-vitro-Fertilisation – also durch bloße Samenspende – gezeugt wurden. Damit wird automatisch jene Person zweiter Elternteil, die zum Zeitpunkt der Geburt in Ehe oder in eingetragener Partnerschaft mit der Mutter des Neugeborenen lebt. Der Samenspender kann nicht als Vater des Kindes festgestellt werden, wenn die Person, die mit der Mutter verheiratet ist, der Fortpflanzung zugestimmt hat.

- [Nationalrat: Abstammungsrechts-Anpassungsgesetz](#) 

Litauen: Aktionsplan für schwangere Frauen, Gebärende und die ersten 1000 Tage der Mutterschaft

Das Gesundheitsministerium und das Ministerium für soziale Sicherheit und Arbeit haben einen Aktionsplan mit dem Ziel erstellt, die emotionale Gesundheit von schwangeren Frauen und Gebärenden zu verbessern. Dadurch könnten postnatale emotionale Schwierigkeiten rechtzeitig erkannt und bei psychischen Problemen die nötige Unterstützung gegeben werden. Viele dieser Fälle blieben bisher unerkannt und undiagnostiziert. Aus diesem Grund konzentriert sich der neue Aktionsplan darauf, die Verantwortung und Fähigkeit der Öffentlichkeit und der Fachkräfte zu stärken, die Anzeichen einer postnatalen Depression rechtzeitig zu erkennen und die notwendige Hilfe zu leisten.

Bulgarien: Konsultationsprozess mit Kindern für zweite nationale Strategie für Kinder

Bulgarien hat mit einem Horizont bis 2030 seine zweite nationale Strategie für Kinder erarbeitet. Im Rahmen eines breit angelegten Konsultationsprozesses wurden Stimmen von Kindern gesammelt, die in Armut leben, in isolierten Gemeinden, von ihren Familien getrennt und in alternativen Betreuungseinrichtungen untergebracht sind und/oder segregierte Schulen besuchen. Die befragten Kinder verlangten einen besseren Zugang zu zahnärztlicher Versorgung, mehr kulturelle Veranstaltungen in der Schule, wirksamere Antworten auf Gewalt sowie mehr Möglichkeiten, ihre Talente frei zu entfalten. Die Forderungen wurden vom Know-how Centre for Alternative Care for Children an der New Bulgarian University zusammengetragen.

- [What do vulnerable children in Bulgaria demand from the state?](#) 

Rumänien: Grundbedürfnisse ukrainischer Flüchtlingskinder nicht befriedigt

Eine Analyse von Save the Children hat ergeben, dass lediglich 10 % der Eltern, die ukrainische Flüchtlingskinder in Rumänien beherbergen, deren Grundbedürfnisse erfüllen können. 26 % könnten den größten Teil befriedigen und 60 % nur einige oder einen Teil. Von den offenen Bedürfnissen seien die häufigsten (74 %) Miete und Versorgungsleistungen, 54 % Arztbesuche und Medikamente, 43 % Kleidung und Schuhe und 39 % Haushaltsgegenstände.

Spanien: Auswirkungen von Stadtplanung und öffentlichem Nahverkehr auf Kinderrechte

Die Kinderrechtsorganisation Plataforma de Infancia hat analysiert, wie das Recht auf Gesundheit und andere Kinderrechte durch nachhaltige Mobilitätspolitiken betroffen sind. Obwohl die Mehrzahl der untersuchten Mobilitätspläne Kinder als besonders gefährdete Gruppe berücksichtigt, bestehe in der Praxis weiterhin ein Vorrang für den Individualverkehr gegenüber dem öffentlichen Verkehr. Darüber hinaus gebe es in den untersuchten Gemeinden keine Maßnahmen zur kostenlosen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Kinder. Dies führe dazu, dass Kinder und Familien einen großen Teil des Familienbudgets aufwenden müssen, um wichtige Dienstleistungen wie Arzt, Schule, Freizeitaktivitäten usw. zu erreichen. Die Studie gibt Empfehlungen für Verbesserungen.

- [Plataforma de Infancia: Analyse der Auswirkungen nachhaltiger Mobilitätspolitiken für Kinder](#)  

Schweiz: Familienzulagen im Umfang von 6,4 Milliarden Franken

Den mit 96 % größten Anteil machten 2022 die Leistungen gemäß dem Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG) aus, der Rest entfiel auf Familienzulagen in der Landwirtschaft sowie auf weitere Versicherungssysteme (AVIG, IV). Insgesamt wurden 2,5 Millionen Leistungen an rund 1,4 Million Bezieher:innen ausgezahlt. Die Kinderzulagen beanspruchten 70 % der Ausgaben, die Ausbildungszulagen 29 % und die Geburts- und Adoptionszulagen 1 %.

Slowakei: keine Verkürzung der Verjährung von Vergewaltigungen

Die slowakische Regierung hat Teile ihrer umstrittenen Justizreform zurückgezogen. Damit wurde die Verjährungsfrist für Vergewaltigung wieder auf 20 Jahre angehoben, statt der im ursprünglichen Reformvorschlag vorgesehenen zehn Jahre. Dieser Rückzug sei unter anderem dem öffentlichen Druck geschuldet. Andere Reformteile, wie zum Beispiel die Abschaffung der Sonderstaatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung, sind trotz Sanktionsdrohungen seitens der EU-Kommission nicht in die Rücknahme eingeschlossen.

Weitere Nachrichten

Umfrage: Wie nutzen Kinder und Jugendliche das Internet, um dort sicher zu sein?

Kinder, Jugendliche und Kinderrechtsorganisationen sind eingeladen, in einer Umfrage darüber zu berichten, wie Kinder und junge Menschen sich schützen, wenn sie offline oder online Gefahr laufen, Schaden zu erleiden. Die Umfrage wird von der UN-Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Gewalt gegen Kinder im Rahmen der Initiative „Protection through Online Participation“ (PoP) durchgeführt.



- [Zur UN-Umfrage](#) 

Safer Internet Day

Der diesjährige Safer Internet Day fand am 6. Februar statt. Ziel des jährlichen Aktionstags ist es, einen sichereren und verantwortungsbewussteren Einsatz von Online-Technologien durch Kinder und Jugendliche zu fördern. In diesem Jahr war das übergreifende Motto „Together for a better Internet“. Ursprünglich als Europäische Initiative gestartet, finden nun anlässlich des Aktionstages weltweit zahlreiche Aktivitäten statt. In Deutschland wird der

Aktionstag von der EU-Initiative klicksafe koordiniert. In diesem Jahr hat klicksafe das Thema „Let’s talk about Porno! Pornografie im Netz“ gewählt und damit den Schutz und die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über pornografische Inhalte, sexuelle Gewalt und digitale Grenzverletzungen in den Mittelpunkt gestellt.

COFACE Families Europe hat aus Anlass die EU-Akteure dazu aufgerufen, die Verabschiedung eines Rahmens zur Verhinderung und Bekämpfung sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet zu forcieren (CSA-Verordnung, s. [AGF-EuropaNews 12/23](#)). Politische Entscheidungsträger und Technologieunternehmen müssten ihren Teil dazu beitragen, die Sicherheit von Kindern im Internet zu gewährleisten und die Belastung nicht auf Kinder und ihre Familien abzuwälzen.

- [Deutsches Portal zum Safer Internet Day](#)
- [Europäisches Portal zum Safer Internet Day](#) 
- [COFACE: CSA-Verordnung verabschieden](#) 

Digital Services Act (DSA) nun EU-weit voll wirksam

Der Digital Services Act ist seit dem 17. Februar in der ganzen EU voll wirksam. Er schafft ein gemeinsames, europäisches Regelwerk, in dem die Diensteanbieter zur Verantwortung gezogen werden sollen, um ein sicheres Online-Umfeld, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, zu schaffen. Die Verbesserung und Stärkung des Schutzes der europäischen Grundrechte und insbesondere der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eines der wichtigsten Ziele des DSA. Die sehr großen Online-Plattformen (»VLOPS«) wie Instagram oder TikTok und Suchmaschinen (»VLOSE«) werden nach dem DSA direkt durch die Europäische Kommission reguliert. Alle anderen Online-Plattformen unterliegen der Aufsicht des Mitgliedsstaates, in welchem sie oder ihr gesetzlicher Vertreter jeweils niedergelassen sind.

Für Deutschland legt das „Digitale-Dienste-Gesetz“ (DDG) die organisatorische Ausgestaltung fest. Es soll voraussichtlich im April 2024 in Kraft treten. Die zentralen Akteure zur Umsetzung in Deutschland sind die Bundesnetzagentur als zentrale Koordinierungsstelle und die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ), die für den strukturellen Online-Schutz Minderjähriger in Online-Plattformen mit Sitz in Deutschland zuständig sein wird..

- [EU-Verordnung über digitale Dienste](#)

44 Kinderschutz-, Hilfs- und UN-Organisationen fordern sofortigen Waffenstillstand in Gaza

Save the Children, CARE, Christian Aid, weitere NGOs sowie UN-Organisationen wie UNICEF, die WHO, das World Food Programme, die FAO oder UN Women haben angesichts des Leids von Kindern und anderen Zivilist:innen in Gaza einen sofortigen Waffenstillstand gefordert. Außerdem verlangen sie den Schutz der Zivilist:innen, die sofortige Freilassung der Geiseln und Vorkehrungen für die Bereitstellung humanitärer Hilfe. Darüber hinaus weisen in einer weiteren Stellungnahme 25 NGOs wie Eurochild, Child Rights International Network (CRIN), ActionAid, Amnesty UK, Handicap International und Plan International darauf hin, dass auch die Vertreibung der Bevölkerung von Rafah ein Kriegsverbrechen wäre.

- [Erklärung Verbände](#) 
- [Gemeinsame Erklärung gegen die massenhafte Vertreibung von Palästinenser:innen im Gazastreifen](#) 

Berichte und Studien

UNICEF: neuer Bericht zur Lage der Kinder in der EU – Kinderarmut nimmt wieder zu

Der Bericht und die begleitenden Policy Briefs beleuchten die besonderen Herausforderungen, denen Kinder in der EU heute gegenüberstehen und weisen auf den dringenden Handlungsbedarf hin. Darauf aufbauend enthalten sie konkrete Empfehlungen, wie die EU in den kommenden Jahren die Lage der Kinder weiter verbessern kann. Der Bericht sowie die begleitenden Policy Briefs setzen vier Schwerpunkte: Kinderarmut, mentale Gesundheit, Umwelt und digitale Technologien. Obwohl die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder in der EU von 2015 bis 2019 von 22,2 Millionen auf 19,1 Millionen gesunken ist, ist die Zahl seit 2019 um mehr als eine Million auf 20,7 Millionen im Jahr 2022 gestiegen.

- [Weitere Informationen und Download des UNICEF-Berichts](#) 

UNICEF: Bestandsaufnahme der Situation von Kindern in alternativer Betreuung in Europa

Die Studie analysiert die Entwicklung in 46 Ländern in Europa und Zentralasien. Die wichtigsten Ergebnisse zeigen, dass zwar Fortschritte bei der Verringerung der Zahl der in Heimen untergebrachten Kinder erzielt worden seien, dass aber noch ein langer Weg vor uns liege, bis die Heimunterbringung von Kindern in unserer Weltregion beendet sein werde. Etwa 456.000 Kinder stehen in Europa und Zentralasien unter alternativer Betreuung. Ihr Anteil an allen Kindern ist der höchste unter allen Weltregionen und mehr als doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt.

- [Weitere Informationen und Download des UNICEF-Berichts](#) 

EU-Parlament, EPRS: Die Situation pflegender Kinder und Jugendlicher in Europa

Der Wissenschaftliche Dienst des EU-Parlaments hat die Lage minderjähriger familiärer oder informeller Pflegepersonen untersucht. Analysiert wurden die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit und Entwicklung, die rechtliche Anerkennung, die Sensibilisierung der Interessengruppen und die auf verschiedenen Ebenen in der EU getroffenen Maßnahmen in Bezug auf junge Pflegepersonen. Schätzungsweise 4-10 % der Kinder und Jugendlichen in der EU übernehmen Pflegeaufgaben in ihrer Familie.

- [Studie des European Parliamentary Research Service](#)  

EPF: Neuer Atlas der Politik zur Empfängnisverhütung

Das European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights (EPF) hat den Contraception Policy Atlas 2024 veröffentlicht. Er bewertet 47 europäische Länder anhand von Onlineinformationen, Förderung und Beratung zu Verhütungsmitteln. Luxemburg, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Belgien boten demzufolge den besten Zugang zu Verhütungsmitteln, während Polen, Ungarn und Armenien am schlechtesten abschnitten. In der Ausgabe 2024 werden auch Veränderungen im Vergleich zu früheren Ausgaben und laufende Bemühungen zur Verbesserung der Situation hervorgehoben.

- [Zur Studie des EPF](#) 

European Policy Centre: Negativ-Wachstum für 13 % der EU-Bürger:innen – Regionalpolitik ineffektiv

Etwa ein Drittel des derzeitigen EU-Haushalts fließt in die EU-Kohäsionspolitik. Dennoch würden derzeit 60 Millionen europäische Bürger:innen in Regionen leben, in denen das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt niedriger ist als im Jahr 2000. Weitere 75 Millionen leben in Gebieten, in denen das jährliche Wachstum des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts seit der Jahrhundertwende nur minimal sei. Dies ergab eine Studie des European Policy Centre im Auftrag der EU-Kommission. Die Kohäsionspolitik müsse dringend umstrukturiert werden, auch um den Aufstieg euroskeptischer Parteien einzudämmen, die das Überleben des europäischen Projekts bedrohten.

- [Weitere Informationen und Download der Studie](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. März 2024, online	Families Affected By Substance Use: Building Resilience	ICCFR
4.-7. März 2024, Brüssel und Webstreaming	Civil Society Week – Rise up for Democracy!	European Economic and Social Committee (EESC)
5. März 2024, 13-14 Uhr, online	Ein demografisches Paradoxon? Geschlechtergleichheit und Geburtenrückgang in den nordischen Ländern	Einstein Center Population Diversity
6.-7. März 2024, online	Putting care in context: Care ethics, Care constellations, & Caring communities (Anm. bis 29. 2.)	Universität Oldenburg, Bar-Ilan University, VW-Stiftung
8. März 2024	Internationaler Frauentag	UN-Jahrestag
11.-12. März 2024, Wien	Fundamental Rights Forum 2024	EU FRA
14. März 2024, Genf und online	Peaceful societies for all ages: preventing and addressing violence against older persons	UNECE
11.-24. März 2024	Internationale Wochen gegen Rassismus	UN; Stiftung gegen Rassismus
15. März	International Day to Combat Islamophobia	UN
8. April 2024, 9:00 - 17:30, online und Brüssel	VOICE Report Launch	Eurochild, ECPAT International, und Terre des Hommes NI (Down to Zero Alliance)
17.-19. April 2024, Vilnius, Litauen	13th European Conference for Social Work Research – Envisioning Future: Social Work Research and Discourse in the Age of Industry 4.0	Europ. Social Work Research Association (ESWRA) und Vilnius University

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
18. April 2024, 14:30 bis 16:30 Uhr, online	Politische Teilhabe älterer Menschen fördern: ein internationaler Austausch	BAGSO
25. -26. April, Brügge, Belgien	European Social Work Conference 2024	EU-Ratspräsidentschaft
2.-3. Mai 2024, Brüssel, Belgien	Europäische Garantie für Kinder: vom Engagement zur Realität	EU-Ratspräsidentschaft
5.–8. Juni 2024, Boston, USA	Coping With Transition: Individual, Family, and Beyond	AFCC
12.-14. Juni 2024 Stockholm, Schweden	Aging in a transforming world	27th Nordic Congress of Gerontology
17. Oktober 2024, Berlin	Care-Verantwortungen in transnationalen Familien	AGF, DeZIM und TraFaDy
14.-16. November 2024, Malta	2024 ICCFR Conference: Intergenerational Perspectives in Families – Challenges and Opportunities	ICCFR

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf) sowie Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e. V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-70
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: www.ag-familie.de
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:

